



Fixer Frankenkurs ist für Bund kein Tabu

Im Staatssekretariat für Wirtschaft wird die Anbindung des Frankens an den Euro nicht kategorisch ausgeschlossen. SP-Chef Christian Levrat kritisiert derweil die Untätigkeit des Wirtschaftsministers.

VON OTHMAR VON MATT
UND CHRISTOF MOSER

Nur schon die Existenz des Arbeitspapiers, das im Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) kursiert, ist brisant. Denn darin wird die Anbindung des Frankens an den Euro geprüft, wie Recherchen zeigen. Das Papier wurde Anfang Jahr ausgearbeitet. Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann hat davon Kenntnis. Wenn sich der Wechselkurs von Franken und Euro der Parität nähern oder eine Deflation zur ernsthaften Bedrohung werde, müsse eine Anbindung erwogen werden, heisst es aus dem Seco.

Das Papier listet Vor- und Nachteile auf und kommt zum Schluss, dass die Nachteile noch klar überwiegen. Erstens würde die Schweiz ihre währungspolitische Hoheit verlieren. Zweitens müssten die Zinsen auf europäisches Niveau angehoben werden. Und drittens müsste die Nationalbank massiv Euro zukaufen, um den Wechselkurs stabil zu halten. Dem steht ein gewichtiger Vorteil gegenüber: Die Exportwirtschaft hätte Planungssicherheit und die dauernde Frankenaufwertung wäre vorbei.

ES GIBT VERSCHIEDENE ARTEN von Anbindungen. Die Anbindung im engeren Sinn, mit welcher der Franken-Euro-Kurs in einer bestimmten Bandbreite festgelegt wird. Oder die weniger weit gehen-

de temporäre Anbindung, in der man eine Untergrenze festlegt. Die temporäre Anbindung hat die Schweiz schon erlebt. In der tiefen Rezession der 1970er-Jahre legte die Nationalbank fest, die Deutsche Mark dürfe 80 Rappen des Frankens nicht unterschreiten.

Der Druck, einen Notfallplan für die Anbindung des Frankens an den Euro voranzutreiben, steigt, weil neben der SP auch Swissmem-Präsident Hans Hess fordert, die Nationalbank solle «die temporäre Anbindung des Frankens an den Euro prüfen» (siehe Interview unten).

Das volkswirtschaftliche SP-Konzept gegen den harten Franken orientiert sich auch an den damaligen Massnahmen. «Der Bundesrat hat damals Negativzinsen eingeführt, die Banken mit einem Gentlemen's Agreement darauf verpflichtet, nicht gegen den Franken zu spekulieren und die Importeure unter Druck gesetzt, die Wechselkursgewinne an die Konsumenten weiterzugeben», sagt SP-Präsident Christian Levrat. «Die Regierung war bürgerlich dominiert. Warum ging in den 70er-Jahren, was heute nicht mehr gehen soll?»

Levrat wirft dem Wirtschaftsminister vor, «ideologisch gelähmt» zu sein. «Schneider-Ammann wurde mit der Vorstellung politisiert, dass die Politik gegen die Märkte nichts tun soll und kann.» Deshalb sage er seit Wochen, die Situation sei dramatisch, aber man könne nichts tun. «Er sollte endlich zur Kenntnis nehmen, dass Wirtschaftspolitik dazu da ist, auf Entwicklungen an den Märkten Einfluss zu nehmen. Sonst gehört er

nicht in den Bundesrat, sondern an die Bahnhofstrasse.»

VOLLEND'S LÄCHERLICH gemacht habe sich der Wirtschaftsminister mit dem Vorschlag, die unter dem starken Franken ächzende Wirtschaft mit dem Kauf von Kampfjets und den Gegengeschäften zu stützen. Levrat geisselt dieses Ansinnen mit einem pikanten Vergleich: «Sein Vorschlag erinnert mich an die Politik von George W. Bush. Bush hat versucht, mit dem Irak-Krieg die US-Bevölkerung vor den Kaufkraftverlusten und seiner wirtschaftspolitischen Untätigkeit abzulenken und die Wirtschaft mit einer Kriegsindustrie am Leben zu erhalten. Auch Schneider-Ammann will mit dem untauglichen Vorschlag seine Untätigkeit verschleiern.»

Dabei wisse der FDP-Bundesrat, dass Gegengeschäfte äusserst unwirksam seien, um die Wirtschaft zu stützen, zumal das Auftragsvolumen eine Grössenordnung von höchstens drei, vier Milliarden Franken hätte – und die Schweiz im Vergleich dazu ein Exportvolumen von 150 Milliarden: «Schneider-Ammann kann seinen Vorschlag nicht ernst meinen, sonst zweifle ich an seiner Kompetenz.»

Levrat weiter: «Vor einigen Wochen habe ich ihn aufgefordert, vom Schlafwagen ins Cockpit zu wechseln. Inzwischen ist er komplett eingeschlafen und hat aus seiner Untätigkeit auch noch eine Doktrin gemacht.»



Scharfe Kritik:
SP-Chef Levrat.



■ ABGELTUNGSSTEUER: DIE GRIECHEN HOFFEN AUF GELD AUS DER SCHWEIZ

Um den Staatsbankrott abzuwenden, kämpft Griechenland um jeden Euro – und hofft auf Hunderte Millionen aus der Schweiz. Denn hierzulande liegen laut Schätzungen des Genfer Finanz-Dienstleisters Helvea rund **24 Milliarden Franken Schwarzgeld**. Eine Abgeltungssteuer soll den Griechen Geld in die Kasse spülen.

Lars Knuchel vom Eidgenössischen Departement für Auswärtige Angelegenheiten (EDA) sagt: «Die Schweiz ist mit Griechenland **im Gespräch über eine Abgeltungssteuer.**» Allerdings sollen erst die laufenden Verhandlungen mit Grossbritannien und Deutschland abgeschlossen werden, so Knuchel weiter.

Die Griechen hätten gern, dass es schneller geht. Im Mai war der stellvertretende Ministerpräsident Theodore Pangalos zu Gesprächen mit Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey in Bern. **«Griechenland hat ein grosses Interesse daran, dass griechisches Schwarzgeld in der Schweiz versteuert wird»**, sagt Achilles Paparsenos,

Sprecher der griechischen UNO-Mission in Genf. «Es wäre wünschenswert, dass wir mit der Schweiz so schnell wie möglich ein entsprechendes Abkommen treffen, analog zu den Abkommen, die die Schweiz derzeit mit Grossbritannien und Deutschland aushandelt.» Das Konzept der Abgeltungssteuer sieht vor, dass Schweizer Banken als Zahlstellen einen **fixen Steuersatz auf die bei ihnen hinterlegten Vermögen** erheben und die Steuer an die Eidgenössische Finanzverwaltung abliefern,

die das Geld dann an das Land überweist. Dabei wird das Wohnsitzland, aber nicht der Name des Kunden genannt. Druck auf die Schweiz macht Griechenlands Ministerpräsident Georgios Papandreou persönlich. Am Rande des Weltwirtschaftsforums (WEF) in Davos traf er Micheline Calmy-Rey. Im Gespräch mit dem «Sonntag» sagte er damals: «Wie wir die un versteuerten Gelder auf Schweizer Banken legalisieren können, ist ein Hauptthema meiner Gespräche mit der Bundespräsidentin.» Papandreou kündigte an: **«Wir werden die Steuerflüchtlinge zur Strecke bringen – mit allen möglichen legalen Mitteln, die wir haben.»**

Lange Jahre haben die reichsten Griechen ihre Milliardenvermögen in der Schweiz gebunkert. So gehören etwa der Familie Niarchos zahlreiche 5-Sterne-Hotels und Bergbahnen im Engadin. Die Reederfamilie Martinos kaufte 2006 in St. Moritz die Villa des ehemaligen Schahs von Persien für 110 Millionen Franken. Und auch die Sängerin Nana Mouskouri, die ein geschätztes Vermögen von 100 bis 200 Millionen Franken hat, lebt in der Schweiz.

PATRIK MÜLLER/KATIA MURMANN

GIORGIOS PAPANDREOU



24 Milliarden Franken Schwarzgeld aus Griechenland liegen in der Schweiz. Der griechische Premier will es zurück.



Der Sonntag Gesamtausgabe

26.06.2011

Auflage/ Seite 173107 / 2

Ausgaben 50 / J.

9095

8944486

EVD / PD / UVEK / EFD / EDI / EJPD

Dieser Artikel erschien in folgenden Regionalausgaben:

<i>Titel</i>	<i>Auflage</i>
Der Sonntag Aargau	87'806
Der Sonntag Limmattal/ Zürich	7'518
Der Sonntag Baselland	20'679
Der Sonntag Solothurn/Oberaargau	31'301
Der Sonntag OT	12'573
Der Sonntag ZT	11'882
Der Sonntag LN	1'348